

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Die Rathausobrigkeit sagt sparen, aber sie meint kürzen und streichen, vor allem bei Sozialem und Kultur: Das 20-Millionen-Euro-Paket ist nicht das Ende der Fahnenstange.

Rot-blau steht für Sozialabbau

Freudig zogen Bürgermeister Luger (SPÖ) und sein Vize Wimmer (FPÖ) Bilanz zum Jahrestag des rot-blauen Koalitionspaktes.

Von 35 vereinbarten Punkten seien 14 bereits umgesetzt worden und 18

in Arbeit, so die Bilanz. Und die rot-blau Partnerschaft wird sich sicher weitere Grauslichkeiten einfallen lassen um nicht arbeitslos zu werden.

Neben Magistratsreform, Verkauf der Stadtwohnungen an die GWG und Gründung der Linz Holding ist das

von SPÖ und FPÖ durchgezogene Kürzungspaket von 20 Millionen Euro ein Teil der Budgetkonsolidierung. Dabei wird einmal mehr die Wirtschaft geschont, während bei Kultur und Sozialem kräftige Einschnitte erfolgen. Schließlich steht auch der Aktivpass auf der Abschlusliste.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin

Reformen für weniger Demokratie?

Die Stadtsenatsparteien wollen den Gemeinderat von 61 auf 51 Mitglieder reduzieren.

Das geht auf Kosten einer bürger-Innennahen Vertretung aus den Stadtteilen und zielt auf die Verdrängung kleiner Parteien aus dem Stadtparlament. Das trägt wohl kaum zur Demokratisierung der Stadtpolitik bei. Ziel einer Reform muss nach Meinung der KPÖ die Stärkung des Ge-

meinderats sein, statt Kompetenzen immer mehr in den unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagenden Stadtsenat oder in die Aufsichtsräte der ausgegliederten Unternehmen zu verlagern.

Besonders braucht es aber auch Instrumente der BürgerInnenbeteiligung und das kommunale Wahlrecht für AusländerInnen mit Linzer Hauptsitz.

Wie dem täglichen Verkehrsstau entkommen?

Es staut in Linz und Umgebung. Leidgeprüft sind nicht nur die im Stau stehenden FahrzeuglenkerInnen, sondern vor allem die AnrainerInnen. Wie könnte eine Lösung für die Verkehrsprobleme aussehen?



Hans Hörlsberger in Verkehrsfragen engagierter Linzer Bürger

Weniger Autos verursachen auch weniger Stau. „Weniger Autos“ muss daher Ziel der Linzer Verkehrspolitik sein. Die dazu passende Strategie ist „Push and Pull“. Wobei „Push“ etwa durch flächendeckende Parkraumbewirtschaftung die wirksame Komponente und „Pull“ etwa durch dichte Taktfahrpläne die notwendige Ergänzung dazu ist.



Edith Friedl Architekturstadthistorikerin

Anstatt die sündteure Westring-Stadtautobahn zu finanzieren, müssten schnellstens ausreichend „Park and Ride“-Möglichkeiten und S-Bahnen in Linzer Umlandgemeinden errichtet werden, die zu Stoßzeiten gratis fahren, mit kurzen Intervallen und gut abgestimmten Fahrplänen punkten. Nur so geht's, aber nix rührt sich!



Peter Baalmann Landessprecher FAHRGAST ÖÖ und Plattform Klima-Energie-Verkehr

Eine mutige Politik muss Schluss machen mit noch mehr Infrastruktur für das Auto, insbesondere Stopp dem Super-Verkehrserreger Westring! Stattdessen konsequente Umschichtung der Straßenbaumittel auf Radverkehr, oberirdische Schienenbahnen und Obusse.

Aus für Gemeindewohnungen in Linz

„Aus den Augen, aus dem Sinn“, ist das Motto der rot-blauen Koalition auch beim Verkauf der Stadtwohnungen.

Seit Anfang der 1960er Jahre werden in Linz keine Gemeindewohnungen mehr gebaut. 1982 wurde das Wohnungsamt aufgelöst und die Wohnungsvergabe an die GWG übertragen. 1990 folgte mit einem Fruchtgenußvertrag de facto die Übertragung der städtischen Wohnungen. Im Oktober 2016 setzte rot-blau mit Assistenz der Grünen für die erforderliche

Zwei-Drittel-Mehrheit den Schlusspunkt. Die 3.500 Wohnungen werden von der GWG übernommen. ÖVP und NEOS wiederum wollten die Wohnungen gleich an private Interessenten verschern.

KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grün lehnte den Deal ab und verwies auf Graz: Dort werden unter der politischen Verantwortung von KPÖ-Vizebürgermeisterin Elke Kahr leistbare Gemeindewohnungen angeboten und auch neu gebaut. Warum soll das in Linz nicht möglich sein?



Leo Furtlehner
Landessprecher der KPÖ,
Linzener Gemeinderat von 1986
bis 1991

Vom Kürzen und Streichen

Mit einem Mix von Kürzungen bei Sozialem, Bildung und Personal und dem Verkauf städtischer Immobilien soll das Linzer Budget saniert werden. Sind diese Kürzungen gerechtfertigt und wer leidet darunter?



Mit der Aktion „Aktivpass: Bleib wie du bist!“ setzt sich die Linzer KPÖ für die Beibehaltung des Aktivpasses ein. Infos: www.aktivpasslinz.at

Die Linzer Stadtregierung setzt auch 2017 auf eine einseitige Sparpolitik. Das bedeutet massive Kürzungen und Leistungseinschränkungen.

Zusperrern und einsparen

So werden vier Stadtbibliotheken im Linzer Süden und die Medienwerkstatt geschlossen. Der weitere Ausbau der Stadtteilzentren wird gestoppt. Die Jugendzentren Spallerhof und Kandlheim fallen der Kürzung bei der Jugendarbeit zum Opfer. Die Werkbeiträge in den städtischen Kindereinrichtungen werden massiv erhöht. Das Linz-Fest findet 2017 nicht statt. Die Zukunft des städtischen Atelierhaus Salzamt bleibt ungewiss. Der Personalabbau im Zuge der Magistratsreform

geht weiter.

Und es ist auch kein Ende beim Sparen auf Kosten sozialer, bildungspolitischer und kultureller Anliegen absehbar. So steht auch der Linzer Aktivpass auf der Abschlusliste. Um das zu verhindern hat die KPÖ Linz die Unterschriftenaktion „Aktivpass bleib wie du bist“ gestartet.

Geld für die Wirtschaft

Die Einseitigkeit der Kürzungspolitik wird besonders deutlich, wenn bei Förderung der Wirtschaft oder Prestigeprojekten nicht gekürzt wird. So bleibt etwa die Förderung für den Cityring wie Weihnachtsbeleuchtung und Parkmünzenaktion ungeschoren. Auch die hohen Ausgaben für die Stadtwache oder teure Prestigeprojekte

wie die Kostenbeteiligung am Westring oder die unterirdische Führung der neuen Straßenbahnlinie bleiben unangetastet.

Was will die KPÖ?

- + Keine Kürzungen bei Sozialem, Kultur und Bildung
- + Auflösung der Stadtwache
- + Keine Mitfinanzierung Westring, A7-Abfahrt
- + Oberirdische Führung der neuen Straßenbahnachse
- + Verkleinerung Stadt-senat
- + Streichung Landesumlage, Sprengelbeitrag
- + Ausgabenorientierten Finanzausgleich
- + Millionärssteuer
- + Zweitwohnsitz- und Leerstandsabgabe
- + Kommunalsteuer nach Wertschöpfung bemessen
- + Nahverkehrsabgabe

Splitter aus dem Gemeinderat

Kohle für die Geschäftswelt

Auch 2016 ließ sich die Geschäftswelt wieder die Weihnachtsbeleuchtung in voller Höhe von 324.000 Euro aus Steuergeldern zahlen. Zufällig in etwa jene Summe, die durch Erhöhung des Werkbeitrages in Kindergärten von elf auf 48 Euro eingespart wird.

110.000 Euro für Parkmünzen

Entgegen den Empfehlungen des KDZ werden auch 2017 wieder 110.000 Euro Steuergelder für die Parkmünzenaktion des City Rings lockergemacht, um möglichst viel Autoverkehr in die Innenstadt zu locken.

SPÖ-Umfaller für Überwachung

Nach Stadtwache und Bettelverbot leistete sich die SPÖ im September den dritten Umfaller in punkto Überwachung im öffentlichen Raum. Entgegen ihrer jahrelang vertretenen Linie stimmte sie Anträgen von ÖVP und FPÖ für die Videoüberwachung in Straßenbahnen und Bussen zu. Vorläufige Kosten: 120.000 Euro.

KPÖ gegen Tarifautomatik

Bei Gegenstimme der KPÖ beschloss der Gemeinderat eine jährliche Valorisierung städtischer Tarife und Gebühren. Mit dieser Tarifautomatik soll die lästige Kritik im Gemeinderat ausgeschaltet werden. Im Gegensatz dazu tritt die KPÖ für einen Tarif- und Gebührenstopp ein. Bei der September-Sitzung wurde auch eine Erhöhung der Hundesteuer inklusive Wegfall der Befreiung für AktivpassbesitzerInnen beschlossen.

Maulwürfe unterwegs

Der Andreas-Hofer-Park ist eine gut frequentierte Insel in einem dicht verbauten Wohngebiet. Das will der Baukonzern Swietelsky ändern.

Weil für 170 Beschäftigte in der nahegelegenen Zentrale „nur“ 70 Parkplätze zur Verfügung stehen will man unter dem Park eine Tiefgarage mit hundert Plätzen errichten. Auf die Idee, dass die Angestellten auch mit Öffis unterwegs sein könnten, kommt man erst gar nicht.

Bürgermeister Luger windet sich zwar noch und spricht vom „Interessenausgleich“ mit den aufmüpfigen Anrainer-

Innen. Doch hat er via ORF-Interview grundsätzlich grünes Licht für das Unsinnprojekt auf dem öffentlichen Areal gegeben.

Bekannt geworden ist der Tiefgaragenplan, als im Sommer einige Bäume im Park gefällt wurden. Daraufhin formierte sich eine BürgerInneninitiative. Völlig zu Recht lehnen es die empörten AnrainerInnen ab, dass ihr Park von Maulwürfen unterminiert wird.



Auch an Linz geht Gentrifizierung nicht vorbei

Neben Alturfahr entwickelt sich auch die Altstadt zum lohnenden Gebiet für Aufwertung zu Gunsten von Immobilienentwicklern und Geschäftsleuten.

So passierte ein Antrag von Grünen, NEOS, SPÖ und FPÖ für einen Business Improvement District den Gemeinderat. Ziel ist es die Altstadt noch mehr als bisher kommerziell und touristisch zu erschließen.

Diese Aufgabe möchte man als PPP (Public Privat Partnership) an den Altstadtverein – einer Interessensgemeinschaft von Geschäftstreibenden und Immobilieninvestoren - übertragen.

Man hofft so durch Events, hochpreisige Geschäfte und Gastronomie noch mehr konsumfreudiges Publikum in die Altstadt zu locken. Was für BesucherInnen attraktiv sein mag, geht jedoch zu Lasten der Alteingesessenen. Mietpreissteigerungen und Verdrängung von Nahver-

sorgern sind die bekannten Folgen von Aufwertungsprozessen.

Was nicht in den schönen Schein des Konsums passt, wie BettlerInnen oder DrogenkonsumentInnen, muss weichen. Dabei wäre es Aufgabe der Politik Stadtentwicklung zu Gunsten aller zu betreiben und durch entsprechende Vorgaben leistbares Wohnen, eine funktionierende Nahversorgung und demokratische Teilhabe zu gewährleisten und nicht alles Geschäftsinteressen zu unterwerfen.

Aktuell, Nummer 1, Jänner 2017

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank IBAN AT52 1500 0004 8021 9500, BIC OBKL AT2L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Scheinost, Meister Eder, Magistrat Linz.

Offenlegung laut Mediengesetz: Laut Paragraph 25, Absatz 2: Medieninhaberin (Verlegerin) ist die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ). Die KPÖ ist eine politische Partei. Bundessprecher der KPÖ ist Dr. Mirko Messner. Laut Paragraph 25, Absatz 4: Die Blattlinie entspricht der politischen Linie der KPÖ.



Antwortkarte (oder E-Mail an: ooe@kpoe.at) Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infos:

Aktivpass: Unterschriftenliste Folder Postkarte Aufkleber Plakat A3

Folder: KPÖ im Gemeinderat Energiegrundsicherung Asylpolitik

Broschüre: Verstaatlichte Frauenwiderstand Freifahrt Henriette Haill

Probeexemplar: Volksstimme Die Arbeit Der Mieterschutz Café KPÖ

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto bei
der Empfängerin
einheben

ANTWORTSENDUNG

An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz